

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Hauptredaktion: Dresden  
Postfach-Nr. 10011  
Vertrieb: Dresden - A. L. Waisenstraße 20/22

Bezugsgebühr bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zugabe), durch die Post 2,60 RM. (einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühren).  
Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Zeilen berechnet; die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., bis 90 mm breite Reklamezeile  
200 Pfg., außerhalb 300 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Ausdrückliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck v. Verlag: Mey & Neumann,  
Dresden, Postfach-Nr. 10011  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Erfolgreiche Einigungsverhandlungen

### Gemeinsames Handeln von Treviranus bis Scholz Erneuerung von der Jugend her

Berlin, 19. August. Die Besprechungen der Konservativen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, die den Zweck hatten, ein einheitliches Vorgehen im Wahlkampf sicherzustellen, haben gestern Abend stattgefunden. An der Besprechung nahmen für die Konservative Volkspartei Reichsminister Treviranus, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz und für die Wirtschaftspartei der Abg. Sachsenberg teil. Die Unterhändler erzielten ein völliges Einverständnis. Allerdings wird betont, daß diese Besprechung noch keineswegs bindenden Charakter gehabt hat. Der Vertreter der Wirtschaftspartei legt nämlich Wert darauf, sich erst noch einmal mit seinen Parteifreunden zu besprechen. In den beteiligten Kreisen beurteilt man die Aussichten optimistischer als in den früheren Stadien dieser Einigungsversuche. Das hat seinen Grund mit darin, daß diesmal nicht über so weitgehende Bindungen verhandelt wird, wie anfangs. So unterscheidet sich der jetzige Plan von dem früheren insofern, als man die engere Verbindung nach den Wahlen lediglich in der Bildung eines interfraktionellen Ausschusses sucht, dagegen also den Gedanken der direkten Fraktionsgemeinschaft zurückgestellt hat. Damit ist wohl erreicht worden, daß die Widerstände innerhalb der Wirtschaftspartei beseitigt sind. Der

Die Vertreter der drei Parteien werden morgen oder übermorgen wieder zusammenkommen. Es wird nicht damit gerechnet, daß der gemeinsame Wahlausruf schon in dieser Besprechung fertiggestellt werden kann. Immerhin beurteilt man die Aussichten der Verhandlung auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei recht optimistisch. Die Sympathie der Deutschen Volkspartei mit dieser Einigung wird damit erklärt, daß sie im Prinzip schließlich dasselbe bedeutet, was Dr. Scholz mit seiner Aktion erreicht habe.

Ob man noch einmal an die Staatspartei herantritt, sieht noch nicht fest. Vermutlich wird der Versuch, der allerdings wenig aussichtsreich ist, unternommen werden.

#### Bürgerliche Einheitsliste in der Pfalz?

Berlin, 19. Aug. Das „B. L.“ berichtet, daß die Aufstellung einer Einheitsliste auch in der Rheinpfalz verwirklicht werden soll. Western fand zwischen dem Landesvorsitzenden der Deutschen Volkspartei in der Pfalz, dem Abg. Bürger, und dem Rechtsanwalt Dr. Weiler von der Deutschen Staatspartei eine längere Aussprache statt, die am Donnerstag wiederholt werden soll. Hierbei werden auch Verhandlungen stattfinden, an denen sich maßgebende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und aus allen bürgerlichen Lagern, mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, beteiligen werden. Das Ziel dieser Besprechungen ist die Herstellung einer bürgerlichen Einheitsliste mit gemeinsamen Kandidaten. Wenn dieses Ziel in solchem Umfange nicht erreicht werden sollte, so rechnet man auf alle Fälle mit einer Verständigung zwischen Volkspartei und Staatspartei. Der Landesauschuss der Badischen Wirtschaftspartei beschloß gestern, für die Wahl Selbstständigkeit zu bewahren, jedoch eine Listenverbindung mit der Württembergischen Wirtschaftspartei herzustellen.

#### Von cand. iur. Hans-Bernhard Brauke

Die kommende Wahlkluft und die gegenwärtigen Umformungsvorgänge im Bürgertum zielen nicht zuletzt auch darauf ab, die nachrückenden Jahrgänge der jüngeren Generation den gegenwärtigen Fronten einzugliedern. Man ist bereit, der Jugend und ihren Ideen heute mehr Spielraum zu gewähren, als es früher der Fall war. Dieses Entgegenkommen entspringt dem Wunsche, die deutlich sichtbar gewordene Kluft zwischen dem politischen Menschen von heute und dem von morgen zu überbrücken. Außerdem erhofft man von den Jungen eine Bereicherung und Belebung des Bildes durch ihre noch unverbrauchten Kräfte. So wichtig nun die gegenwärtigen Geschicke sind, so entscheidungsschwer die bevorstehende Reichstagswahl für das weitere Schicksal des deutschen Volkes sein wird, so darf darüber doch nicht vergessen werden, daß eine Umformung von Institutionen — seien es die Parteien, sei es das Parlament — die endgültige Befriedigung von Volk und Reich noch nicht bedeuten kann, obwohl nicht verkannt sein soll, daß auch sie einen Baustein dazu beitragen könnte. Die beiden Erbäbel, die unser politisches Sein so unheilvoll bedrücken, die Schwäche unseres volklichen Willens und das Fehlen einer instinktiveren Staatskunst, können nicht von heute auf morgen ausgerottet werden. Es sind dies Aufgaben auf weite Sicht, die aber dem aktuellen Geschehen nicht aus dem Auge verloren werden dürfen. Sie geben unsere heranwachsende Jugend deshalb in besonderem Maße an, weil sie, die Jugend, ja gerade die Zukunft der Nation ist und als solche eine große Verantwortung zu tragen hat.

So berechtigt auch die Kritik der Nachkriegsjugend gegenüber den Zuständen und Einrichtungen der Gegenwart vielfach sein mag, so sehr muß man sie doch aber fragen, ob sie über ihren negierenden Kritizismus hinaus ein positives Bild dessen hat, was ihr in den Bereichen der Gesellschaft und des Staates erstrebenswert und realisierbar erscheint, vor allem aber, ob in ihr neue Werte tatsächlich lebendig werden, die möglicherweise einmal eine entscheidende Wandlung herbeiführen verprechen? Ist eine Erneuerung von der Jugend her möglich?

Auf den ersten Blick ist der Gesamteindruck, den unsere Jugend bietet, ziemlich hoffnungslos. Ist sie nicht oberflächlicher, veräuslerter, leichtsinniger, sittlich schrankenloser, seelisch entwurzelter als die vorhergehende Generation? Ist sie nicht erwerbsgieriger und genüßsüchtiger, mehr als je zuvor eine Jugend? Wirft nicht das entfesselte Ich, das nur sich ausleben will, alle bisherigen Ordnungen über den Haufen? Drohen nicht seine geschäftigen, snobistischen Jünglinge unter den bequemeren Lösungen: „laissez faire, laissez aller“, „jeder ist sich selbst der Nächste“, und „freie Bahn dem Ächtlichsten“ mit ihren Sprüngen über die Moral das kulturelle Niveau unseres Volkes gänzlich auf den Hund zu bringen, um dann auch noch zu sagen, die „Ehik“ ihrer rückwärtslosen Elternbogenfreiheit, das sei der neue Geist der Zeit! Hat diese Jugend nicht in Verkennung des wahren Freiheitsbegriffes alle metaphysischen Bindungen verloren, Bindungen an Gott, Natur, Heimat, Volk und Familie? Wie wird diese Jugend das Vaterland retten, die das Bekenntnis zur Nation für eine rückständige, unpraktische Sentimentalität hält, mit der sich keine Geschäfte machen lassen? Jene utilitaristische Jugend, die überall und nirgends zu Hause ist, viel scheinen will, aber nichts ist, alles weiß und nichts richtig kann, der alle Dinge relativ sind, die an nichts mehr glaubt, weil ihr nichts mehr heilig ist? Wird diese Jugend eine deutsche Zukunft bauen können, die egoistisch und haltlos, eitel und selbstüberheblich, anspruchsvoll und überfeinert, materialistisch denkt und rationalistisch wertet? Nein, die Jugend, in der die Krankheiten unseres Zeitalters in ihrem reifen Stadium erscheinen, wird allerdings nicht fähig sein, Volk und Reich zu erneuern, im Gegenteil, sie wird das größte Gemmiss ausmachen.

Aber ist denn diese Charakteristik schlechthin gültig, erfährt sie alle Teile unserer jüngeren Generation? Man schütte das Kind nicht mit dem Bade aus! Es sind auch schon wieder positive Kräfte, heute vielleicht noch in der Minderheit, aber in festem Wachsen begriffen, vorhanden. Sie treten am ausgeprägtesten in jener von der Jugend selbstgeschaffenen bündischen Welt auf. Man denke an den willigen Geist, der sich in unseren Jugendbänden, in der Wehrjugend, in kirchlichen Jugendorganisationen offenbart. Der Jugendbewegung kann das Verdienst nicht bestritten werden, den Anstoß zur Befinnung und zum Aufbruch gegeben zu haben. Man muß ihr deshalb Beachtung schenken, weil die Werte, die auf ihrem Boden — durch Kriegs- und Nachkriegserlebnis auf tiefste beeinflusst — erlebt und geformt worden sind, heute weit über den bündischen Rahmen hinaus unter der Nachkriegsjugend lebendig sind. Die Abkehr von den individualistischen und liberalen Anschauungen ist deutlich spürbar. Wie viele junge Menschen leben heute schon nicht mehr ihrem eignen lieben Ich allein, sondern einer umfassen-

## Beschleunigte Beratungen des Reichskabinetts

### Erörterung der gesamten Wirtschaftslage

Berlin, 19. August. Das Reichskabinett hat den ganzen Tag über die Wahlreform beraten. Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Minister fast immer von Berlin abwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die heutige Abendstunde hinaus in den nächsten Tagen weitergeführt werden, da bekanntlich auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

### Im einzelnen wurde in der heutigen Sitzung zunächst der Entwurf eines Gesetzes zur

Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichts verabschiedet, der, wie bekannt, einen vorweggenommenen Teil der Reichsreform darstellt. Sodann nahm das Kabinett einen eingehenden Vortrag des Reichsministers des Innern zur Wahlrechtsreform entgegen, worüber die Beratungen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Zum Abschluß der Erörterungen des Reichskabinetts, die bis in die Nachtstunden andauern, fand eine erste grundlegende Beratung der Finanz-, Wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme statt.

### Die Benummerung der Reichswahlvorschläge

Berlin, 19. August. Der Reichsminister des Innern hat nach Ausschreibung der Reichstagswahl für die Parteien, die im letzten Reichstag vertreten waren, die Nummer ihres Reichswahlvorschlags festgelegt. Inzwischen haben mehrere Parteien organisatorische Änderungen erfahren oder die Bestimmungen für ihre Reichswahlvorschläge geändert oder erweitert. Der Reichsminister des Innern hat sich damit einverstanden erklärt, daß für die Benummerung der Reichswahlvorschläge dieser Parteien die geänderte oder erweiterte Bezeichnung als identisch mit der bisherigen Bezeichnung behandelt wird. Es wurden als identisch erklärt: Bei Nr. 8 die neue Bezeichnung „Deutsche Staatspartei“ (Deutsche Demokratische Partei, Volkssnationale Reichsvereinigung und verwandte Gruppen) mit der bisherigen Bezeichnung „Deutsche Demokratische Partei“; bei Nr. 10 die neue Bezeichnung „Deutsches Landvolk“ (Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei) mit der bisherigen Bezeichnung „Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei“; bei Nr. 11 die neue Bezeichnung „Volkspartei“ (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Christlichsoziale Reichspartei mit der bisherigen Bezeichnung „Volkspartei“ (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung); bei Nr. 16 die neue Bezeichnung „Konservative Volkspartei“ mit der bisherigen Bezeichnung „Volkspartei“.

### Der Reichstag soll kleiner werden

Berlin, 19. August. Zu der heutigen Beratung der Wahlreform im Reichskabinett werden noch weitere Einzelheiten aus den Reformvorschlägen gemeldet, die dem Kabinett vorliegen: So soll die Zahl der Abgeordneten wesentlich verringert werden. Man will die Zahl der Stimmen, die zu einem Mandat erforderlich sind, von 60.000 auf 70.000 erhöhen. Dadurch würde der Reichstag bei gleicher Wahlbeteiligung 50 oder 60 Abgeordnete weniger zählen, als bisher. Die Wahlkreise sollen in 32 Wahlverbänden zusammengefaßt werden. Die 32 Wahlverbände sollen ferner auf 12 Ländergruppen aufgeteilt werden. Neu ist auch die Bestimmung, daß nicht nur Parteien, sondern auch Einzelpersonen sich um ein Mandat bewerben können. Da die Verfassung das Verhältniswahlrecht vorschreibt, erfolgt an Stelle der Reichsliste die Verrechnung der Reichstimmen zunächst innerhalb der Wahlkreisverbände und dann innerhalb der geplanten 12 Ländergruppen. Der bisher amtliche Stimmzettel soll weggelassen.

### Selbstmord der Anastasia?

Berlin, 19. Aug. Zur Zeit wird in allen größeren Plätzen Amerikas nach Anastasia Tschakowskij gefahndet, die seinerzeit in ganz Europa und anschließend in Amerika dadurch von sich reden machte, daß sie für die Großfürstin Anastasia von Rußland, die Tochter des ermordeten Zaren Nikolaus, gehalten wurde. Ihre Aufenthaltstfrist in Amerika war am 8. August abgelaufen. An diesem Datum war Anastasia noch immer in den Vereinigten Staaten. Inzwischen ist sie jedoch spurlos verschwunden und wird nunmehr von der Einwandererpolizei gesucht, die sie als unerwünschte lästige Ausländerin aus Amerika abschlefen will. Aus den Bekanntenkreisen der Anastasia hat die Polizei erfahren, daß sie in den letzten Tagen vor ihrem Verschwinden an Schwermut anfallen litt, so daß man befürchtet, daß sie Selbstmord begangen hat. Nachrichten in den Leichenschauhäusern in New York sind bisher ergebnislos verlaufen. Auch radiotelegraphische Anfragen bei den auf See befindlichen Schiffen waren ohne Erfolg. Man war nämlich auf den Gedanken gekommen, daß sie eventuell unter falschem Namen bereits Amerika verlassen hätte und sich auf der Reise nach Paris befinde.

### Perfien bleibt hartnäckig

Konstantinopel, 19. August. (Neuer.) Bezüglich der Lage an der türkisch-perfischen Grenze auf Grund des kurdischen Aufstandes hat der perfische Gesandte in dem türkischen Außenminister eine Mitteilung überreicht, in der gesagt wird, die perfische Regierung könne unter keinen Umständen sich zu einem gemeinsamen militärischen Vorgehen gegen die Kurden auf perfischem Gebiet bereit erklären.